

FREIE SICHT

Ein Ausweis für Immune

REINER EICHENBERGER

Die Anti-Corona-Politik der Schweiz war relativ gut: Verglichen mit der EU insgesamt waren die Freiheitsbeschränkungen schwächer und die Schäden an Gesundheit und Wirtschaft kleiner. Aber die Politik war absolut schlecht. Insbesondere wurden die zur schnellen Krisenüberwindung notwendigen Massnahmen unterlassen. Zum einen wurde die im Kampf gegen das Virus entscheidende Ressource ignoriert: die natürliche Immunität. Die nach überstandener Infektion Immunen könnten längst gesucht und gefunden sein – und sie hätten ihre Freiheiten zurückerhalten müssen. Denn sie sind so gut wie geimpft und stellen nun sogar gemäss Taskforce schon einen Viertel der Bevölkerung. Zum anderen misslang die Impfstrategie. Wer rechtzeitig von vielen Herstellern Impfstoff orderte und ihnen die richtigen Anreize setzte, hätte das Ziel – Schutz der Risikogruppen und des Gesundheitswesens – im März nachhaltig erreichen und schon eine schnelle Normalisierung einleiten können.



Erst jetzt wird in der Schweiz und in der EU ernsthaft debattiert, ob Geimpfte einen Immunitätsausweis mit Schutz vor Freiheitsbeschränkungen bekommen sollen. Viele Regierungsstellen äus-

«Es braucht einen Immunitätsausweis. Aber den fürchten die Regierungen.»

sern sich dazu grundsätzlich positiv. Allerdings stellen sie entscheidende Bedingungen: Immunitätsausweise sollen erst dann eingeführt werden, wenn Impfungen für alle frei verfügbar sind und sicher sei, dass die Geimpften die Krankheit nicht weitergeben könnten.

Das ist mehr als problematisch: Erstens können Impfungen nicht vollständig vor Übertragung schützen, auch da sie «nur» bis zu 95 Prozent vor Infektion schützen. Wer hier Sicherheit verlangt, verlangt Unmögliches oder will die Regierung ermächtigen, «Sicherheit» nach eigenem Gusto zu definieren. Entscheidend ist, dass bei Immunität nach Impfung oder Infektion die Wahrscheinlichkeit von Erkrankungen und Übertragung sehr viel kleiner ist. Daran zweifelt kaum ein Experte.

Zweitens gibt es dann, wenn sich alle impfen lassen können, keinen verhältnismässigen Grund mehr, jemandem Freiheiten zu nehmen. Denn dann sind die Risikogruppen und das Gesundheitswesen längst geschützt, alle können sich selbst mit Impfung vor ungewollter Ansteckung schützen – und die Gesamtimmunität in der Bevölkerung ist so hoch, dass das Ansteckungsrisiko auch für Noch-nicht-Immune tief ist. Drittens müssten selbstverständlich auch die nach Infektion natürlich Immunen einen Immunitätsausweis erhalten. Das aber fürchten die Regierungen. Denn dann stellt sich die grosse Frage: Weshalb erst jetzt? Weshalb wurden Immune bis zu einem Jahr eingesperrt, obwohl es keinen Grund dafür gab? Deshalb ist die Gefahr gross, dass die Regierungen aus dem ungenutzten Befreiungs- und Problemlösungsinstrument «Immunitätsausweis» nun ein Unterdrückungs- und Krisenbewirtschaftungsinstrument «Impfausweis» machen, mit dem erst dann, wenn eigentlich alles vorbei wäre, noch ein indirekter Impfwang durchzusetzen versucht wird.

In dieser Kolumne schreiben Isabel Martínez, Ökonomin an der Konjunkturforschungsstelle KOF der ETH Zürich, Reiner Eichenberger, Professor für Finanz- und Wirtschaftspolitik an der Universität Freiburg, Peter Grünenfelder, Direktor der Avenir Suisse, sowie «Handelszeitung»-Chefökonom Ralph Pöhner.